

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Kommentar: Langgehegter Wunsch

«Ein langgehegter Wunsch ist hiermit in Erfüllung gegangen», schrieb Verkehrsdirektor Berthold Konrad in dem vor kurzem erschienenen «Landesbulletin», das in alle Haushaltungen verteilt wurde. Das Büchlein, von Berthold Konrad als «Nachschlagwerk» bezeichnet, erregte sicher die notwendige Aufmerksamkeit, denn unter dem Begriff «Landesbulletin» sammeln sich zweifellos gewisse Erwartungen. Ob sie erfüllt worden sind?

Auf der Titelseite des «Landesbulletin» prangt nicht, wie man etwa erwartet hätte, das Schloss Vaduz, sondern der Neubau der Verwaltungen und Privat-Bank, übergehend und sich auf der Rückseite fortsetzend mit dem «Diamant-Haus». Dem Gast, der das «Vademekum» (Berthold Konrad) in die Hand nimmt, um Informationen zu erhalten, einen Einkaufsführer zu besitzen oder um sich einen Überblick über Veranstaltungen zu verschaffen, strahlt eine Art Wappen entgegen, das sich für Einheimische als das Signet der Fremdenverkehrszentrale entpuppt. Und dies ist, wie Regierungschef Hans Brunhart an einem Pressegespräch sagte, auch ohne Zustimmung der Regierung gemacht worden. Allerdings, ein derartiges Signet fällt ja nicht unter das Wappengesetz, das in dieser Hinsicht sehr streng ist. Ob sich aber Signet und «Landesbulletin» ohne weiteres vereinbaren lassen?

Die erste Nummer des «Landesbulletin», das vorerst zweimal im Jahr erscheinen soll, ist von der Fremdenverkehrszentrale und einem ominösen «Institut für Organisation und Information» zusammengestellt worden. Für den Text, der über die Gemeinden Auskunft geben soll, scheint «zusammengestellt» der richtige Ausdruck zu sein, denn so informativ, wie man sich das wünschte, sind diese Texte wirklich nicht. Das Ganze ist ohnehin keine Neukreation. Solche Bulletins gibt es überall. Doch warum nicht gleich besser machen? Das wäre unser langgehegter Wunsch!
(G. M.)

Antrittsbesuch

(pafl) - Der ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Republik Österreich im Fürstentum Liechtenstein, Dr. Dietrich Bukowski, wird im Rahmen seines Antrittsbesuches in Liechtenstein am Mittwoch, 20. Juni 1984, von Seiner Durchlaucht Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens auf Schloss Vaduz empfangen. Während seines Aufenthaltes in Liechtenstein trifft der österreichische Botschafter, der die Nachfolge von Botschafter Dr. Karl Ingmar Fischer antreten wird, mit Regierungschef Hans Brunhart zusammen. Der Botschafter wird begleitet von Legationsrat Dr. Johannes Kyrle und Konsul DDr. Hans Pitschmann.



Es geht uns gut. Warum brauchen wir noch das Frauenstimmrecht? Diese Haltung ist unverständlich. Und übrigens schliessen Zufriedenheit und Wohlergehen die Mitsprache der Frau in Staat und Gemeinschaft nicht aus. Man mutet den Frauen schliesslich gerade zur Erreichung dieser Zufriedenheit einiges zu: Erziehung der Kinder, Betreuung von Mitmenschen, Zusammenhalten der Familie.

Das Frauenstimmrecht ist ein Menschenrecht

FBP-Ortsgruppenversammlung in Triesen

Im Mittelpunkt der FBP-Ortsgruppenversammlung in Triesen stand, im Vorfeld der Volksabstimmung, natürlich das Frauenstimmrecht, doch wurden in den Ausführungen von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, der Gemeinderäte sowie in der Diskussion auch andere Themen der Gemeinde- und Landespolitik eingehend erörtert. FBP-Obmann Josef Bühler machte in seinen Ausführungen deutlich, dass zwar jeder seine eigene Meinung haben könne, dass das Frauenstimmrecht aber ein Menschenrecht sei.



Im Mittelpunkt der FBP-Ortsgruppenversammlung Triesen stand die Einführung des Frauenstimmrechts. Zur Sprache kamen in der Diskussion aber auch Fragen der Gemeinde- und Landespolitik.

Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt berichtete einleitend über die laufenden Geschäfte in der Regierung, wobei er darauf hinwies, dass die Arbeitsbelastung für nebenamtliche Regierungsräte immer grösser werde. Aber auch die vollamtlichen Regierungsmitglieder hätten ein enormes Pensum zu erfüllen, nicht zuletzt durch die Teilnahme an internationalen Konferenzen. Die vermehrte aussenpolitische Tätigkeit, vor allem mit der Mitgliedschaft im Europarat, habe dazu geführt: Doch wer A sage, meinte Hilmar Ospelt, müsse auch B sagen.

Ein Akt der Gerechtigkeit

Im weiteren erwähnte er wichtige anstehende Arbeiten, die in nächster Zeit einer Lösung zugeführt würden, beispielsweise das Gesundheitsgesetz aus dem Ressort von Regierungsrat Anton Gerner, aber auch das Steuergesetz, die Strafrechtsreform und die Rheinkraftwerke. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs habe eine Arbeitsgruppe ihre Arbeit abgeschlossen, so dass weitere Massnahmen neben der Tarifenkung ins Auge gefasst werden können.

Als zentrales Problem bezeichnete Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt jedoch die Einführung des Frauenstimmrechts. Er machte in diesem Zusammenhang nochmals klar, dass sich die gesamte FBP-Parteisitze geschlossen für die Gleichberechtigung der Frauen ausgesprochen habe. Die Einführung des Frauenstimmrechts sei ein Akt der Gerechtigkeit, das Frauenstimmrecht selbst ein Menschenrecht, das den Frauen wie den Männern zustehe. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Mitarbeit der Frauen im öffentlichen Leben sehr wichtig sei. Es gebe keinen sachlichen Grund, den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zu verweigern. Die Einführung des Frauenstimmrechts ist auch, betonte Hilmar Ospelt, eine staatspolitische Notwendigkeit, da man es sich nicht mehr länger leisten könne, die Hälfte der Bürger von den politischen Rechten auszuschliessen. Unsere Frauen, Mütter, Töchter, Schwestern verdienen, so führte er zum Schluss

aus, die politische Gleichberechtigung wie wir Männer.

Bodenbeschaffung für Bauwerber

Über die Gemeindepolitik informierte Gemeinderat Peter Banzer die Anwesenden, wobei er als Schwerpunkt die Durchsetzung des Baugesetzes sowie die Probleme mit dem Bürgerheim erwähnte. Auf spezielle Fragen der Wohnbauförderung ging im weiteren Xaver Hoch ein, der im besonderen die Bodenbeschaffung für bauwillige Bürger ohne eigenen Bodenbesitz erwähnte. Er forderte dazu auf, eine Abklärung vorzunehmen, wie die Lage auf dem Wohnbausektor in etwa zwanzig Jahren aussehen könnte. Im weiteren unterstrich er die Notwendigkeit der Bodenbeschaffung hinsichtlich des sozialen Friedens. Die Gemeinde Triesen verfüge nach seinen Worten zwar über viel Boden, doch gelte es, damit haushälterisch umzugehen.

In der anschliessenden, sachlich geführten Diskussion wurden verschiedene Themen angesprochen. Im Vordergrund stand natürlich das Frauenstimmrecht, aber es bewegten auch Fragen der Umweltbelastung und des Umweltschutzes, der Steuerpolitik und der Energieversorgung die Diskussionsteilnehmer. Über den Umweltschutz, so ein Diskussionsbeitrag, werde in Triesen zwar viel gesprochen, doch sehr wenig dafür getan. Und es wurde das Giftspritzen an den Strassenrändern erwähnt, aber auch die Strassenbauplanung durch bisher intakte Wohn- und Erholungsgebiete.

Am Schluss der Versammlung wies FBP-Obmann Josef Bühler nochmals auf die Bedeutung der kommenden Abstimmung hin und forderte dazu auf, für die Frauen ein JA in die Urne zu legen. Das Frauenstimmrecht, so meinte er, ist ein Menschenrecht.

Umbau des Jugendhauses Malbun

Regierungsantrag für Verpflichtungskredit in Höhe von 1,93 Millionen

(pafl) - Die Regierung beantragt beim Landtag für den Umbau und die Erweiterung des Jugendhauses Malbun einen Verpflichtungskredit in Höhe von 1 930 000 Franken. Bei dem für eine Belegung mit höchstens 60 bis 80 Kindern oder Jugendlichen konzipierten Jugendhaus Malbun, das 1971 seiner Bestimmung übergeben werden konnte, genügen die sanitären Einrichtungen, die Garderoben und der Ski- und Trockenraum weder in bezug auf die Ausstattung noch auf die Fläche den heutigen Anforderungen. Mit dem geplanten Um- und Erweiterungsbau sollen auch die unbefriedigenden wärmetechnischen Gegebenheiten

des Baus überprüft und verbessert werden. Gleichzeitig ist eine bessere akustische Abschirmung der Unterrichtsräume vorgesehen.

Da die Realisierung des neuen Nutzungskonzeptes nur durch den Wegfall der Anwartswohnung im Untergeschoss des bestehenden Hauses möglich ist, sieht das Projekt die Errichtung eines Wohnhauses für den Abwart ausserhalb des bestehenden Jugendhauses vor. Dadurch können die bisher beschränkten Raumbedürfnisse in den Nebenanlagen auf einen der heutigen Zeit entsprechenden Standard gebracht werden.

Sanierung der Forstrüfe

(pafl) - Das mit 400 000 Franken veranschlagte Projekt für die Teilstrecke Elsa- brücke (Landstrasse)-Alte Planknerstrasse wird von der Regierung genehmigt. Im Bereich des Übergangs der Alten Planknerstrasse über die Forstrüfe sind die durch die Rüfegänge von 1983 entstandenen Schäden besonders ausgeprägt. Um ein Zusammenstürzen der Sperre zu verhindern, die die Alte Planknerstrasse abstützt, muss noch dieses Jahr mit der Sanierung begonnen werden.

Baukostenbeitrag für das Missionshaus Gutenberg

(pafl) - Die Regierung genehmigt die Anweisung einer ersten Akontozahlung in Höhe von 90 000 Franken an die Kosten für den Bau beziehungsweise Umbau des Missionshauses Gutenberg in ein Haus für Erwachsenen- und Jugendbildung. Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 5. Oktober 1983 einen entsprechenden Verpflichtungskredit von 1 110 675 Franken als Baukostenbeitrag für den Bau beziehungsweise Umbau eines Hauses für Erwachsenen- und Jugendbildung auf Gutenberg bewilligt.

FBP Triesenberg

Herzliche Einladung zur Ortsgruppenversammlung

Morgen Freitag, den 15. Juni findet im Restaurant «Edelweiss» ab 20 Uhr eine weitere Ortsgruppenversammlung im Hinblick auf die Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts statt. Nach der Begrüssung durch Obmann Josef Gassner, Postmeister, wird der Landtagsabgeordnete Louis Gassner ein Votum halten zum Thema «Das Frauenstimmrecht, seit Jahren ein echtes Anliegen der FBP». Anschliessend folgen Voten der FBP-Gemeinderäte zum Frauenstimmrecht, um dann in die Diskussion einzusteigen. Auch wenn das Frauenstimmrecht das zentrale Thema des Abends bilden wird, werden aber weitere gemeinde- und landespolitische Fragen aktueller Natur besprochen. Das Schlusswort hält Martha Tschikof-Bühler, Mitglied der FBP-Ortsgruppe Triesenberg. Da es sich im Vorfeld der angekündigten Abstimmung um äusserst wichtige Fragen handelt, wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.
FBP-Ortsgruppe Triesenberg

junge FBP

Informationsabende zum Thema Bürgerrecht

Als (angekündigte) Nachfolgeveranstaltungen der Tagung im Bildungshaus Stein-Egerta führt die Nachwuchsorganisation der Fortschrittlichen Bürgerpartei, die JUNGE FBP, zwei Informationsabende über Bürgerrechtsfragen in Liechtenstein im Ober- und Unterland durch: Der erste Abend findet am kommenden Sonntag, den 17. Juni im Restaurant Linde in Vaduz statt, der zweite am Dienstag nächster Woche, 19. Juni, im Hotel-Restaurant Brühlhof in Eschen. Als Referenten stehen Dr. Alois Ospelt, Dr. Herbert Wille, FBP-Fraktions Sprecher Josef Biedermann und voraussichtlich auch Landtags-Vizepräsident Armin Meier zur Verfügung. Beginn der beiden Veranstaltungen ist jeweils um 19.30 Uhr. Alle interessierten Jugendlichen sind herzlich eingeladen.

Klares Bekenntnis für das Frauenstimmrecht

Informativer Informations- und Diskussionsabend der FBP Planken

(hoe) - Ganz im Zeichen eines klaren Bekenntnisses für das Frauenstimmrecht stand die Ortsgruppenversammlung der FBP Planken, welcher am Dienstagabend eine stattliche Zahl von interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern bewohnte. So gab denn auch Parteiohmann Anton Nägele in der Begrüssung seiner Freude Ausdruck, dass er unter den Anwesenden so viele Frauen willkommen heissen dürfe. Gerne erinnere er sich auch an die sehr erfreuliche und positive Abstimmung vom 8. Dezember 1983, an welcher den Plankner Frauen das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene zuerkannt worden sei.

Die FBP Planken stelle sich im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung voll und ganz hinter die Zielsetzung, den Frauen endlich die politische Gleichberechtigung zuzuerkennen, nachdem der Entschluss im Parlament gefallen

sei, diese Frage dem Volk zu unterbreiten.

Die Arbeit im Parlament

Fraktionssprecher Josef Biedermann skizzierte dann anhand von konkreten Traktandenpunkten die Arbeit im Parlament. Er verwies auf die enorme Belastung der Abgeordneten, die sich mit zahlreichen Gesetzesvorlagen intensiv auseinanderzusetzen hätten. Oft sei der Parlamentarier einfach überfordert, so dass ganz komplexe Fragen in Kommissionen behandelt werden müssen. So habe z. B. in der sehr umfangreichen Vorlage zur betrieblichen Vorsorge (2. Säule) die FBP den Antrag gestellt, eine Landtagskommission zu bilden, um die sehr heiklen und schwierigen Fragen dort intensiv zu behandeln, doch die VU habe überraschenderweise von einer Kommissionsbildung Abstand genommen.

Im weiteren kam der FBP-Fraktions- Sprecher auf die Verfassungsänderung bezüglich der Stellvertretung des Fürsten zu sprechen, ebenfalls ein Traktandenpunkt der nächsten Landtagsitzung vom 27. Juni 1984.

Als weitere Tagesordnungspunkte der nächsten Parlamentsitzung, die Josef Biedermann kurz streifte, ist die Erhöhung des Stiftungskapitals der Fürst-Franz-Josef-Stiftung, die Schaffung eines Gesetzes betreffend die Errichtung der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst und damit verbunden die Erhöhung von derzeit 1,4 Millionen auf 2 Millionen Franken, sowie die Behandlung des Rechenschaftsberichtes der Regierung für 1983, der bekanntlich von der Regierung Kieber als Element der verbesserten Informationspolitik dem Bürger zugestellt wird.

(Fortsetzung auf Seite 2)